

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftszeit, bei unregelmäßigen Bezügen sowie bei allen Reichs- und Provinzialferien. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchgrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstüchgrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pfg. Im Restamt die Zeile 10 Pfg. Im amtlichen Teile die gespartene Zeile 60 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger angegebenen Angaben.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannesohn in Eibenstock.

Preis pro Nummer Nr. 110.

Nr. 12.

Donnerstag, den 16. Januar

1919.

Da die gegenwärtige Zeit zur Abhaltung von Masken- und Kostümbällen nicht geeignet erscheint, wird die Veranstaltung derartiger Vergnügungen hiermit für dieses Jahr verboten. Wegen Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nicht nur die Wirte und deren Stellvertreter, sondern auch die Veranstalter, Leiter und Teilnehmer solcher Tanzveranstaltungen mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Das Verbot findet auch auf nichtöffentliche Bälle in Privathäusern Anwendung. Dresden, am 9. Januar 1919.

Ministerium des Innern.

Petroleumverkauf

von Donnerstag, den 16. d. M., an in den Geschäften von Konsumvereinen I und II, Emil Ederlein, Poststr. 2, C. W. Friedrich, Hauptstr. 8, Hermann Bohmann,

Neumarkt, Emil Schindler, obere Stottenseefstr., Gustav Emil Tittel, Hauptstr. 2, Hans Grimm, Langestr. 16, Max Holländer, Albertstr. 1, Emil Zeuner, Fockstr. 14, Hermann Böhlend, Bergstr. 5, Max Rober, Muldenhammer Str. 6, Gebr. Selbig, Karlsbader Str. 6. Es wird darauf hingewiesen, daß Petroleum nur auf Abschnitt 4 der Petroleumkarte abgegeben werden darf. Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Holzverkauf

Donnerstag, den 16. d. M., vorm. von 8—11 Uhr und nachm. von 2—5 Uhr im Hofe des vorm. Brandt'schen Hauses, Hauptstraße 4.

Der Preis für 1 Raummeter beträgt 22 Mark.

Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Alle Räder stehen still.

Wir entnehmen den „Wirtschaftlichen Tagesberichten“ von Richard Calwer, der der Sozialdemokratie angehört, folgende Ausführungen: Wie oft wurde in sozialdemokratischen Versammlungen den Arbeitern ihre wirtschaftliche Macht mit dem Reime vorgehalten: Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. Heute sind die Arbeiter daran, ihren starken Arm energisch fähig zu lassen, sie sind politisch und wirtschaftlich die Herren der Situation. Psychologisch mag ihr augenblickliches Verhalten berechtigt sein, aber wirtschaftlich betrachtet, bedeutet es nicht nur den Ruin der schon bisher geschwächten gewerblichen Betätigung, sondern die Vernichtung der Voraussetzungen, ohne welche die Arbeiterschaft selbst nicht existenzfähig erhalten werden kann. Gerade weil uns die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterschaft oben an stehen, bedauern wir ihre augenblickliche Handlungsweise. Sie graben sich damit ihr eigenes Grab. Eine Streikbewegung geht durch das ganze Land in einem Moment, wo die wirtschaftliche Betätigung notwendiger ist als je. In den Bezirken des Bergbaues gelingt es nicht, die Förderung im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten, geschweige denn sie zu steigern. Immer wieder kommt es zu Arbeits-einstellungen. Unter den Wirkungen des Förderausfalls muß die Abwicklung des Verkehrs, muß die Belieferung der Städte mit Hausbrand, muß die Lebensmittellieferung vor allem leiden. Aber die Streikbewegung ist nur die Folge der an allen Ecken und Enden einsetzenden Lohnforderungen. Die Arbeitgeber bewilligen nach Möglichkeit die an sie herantretenden Forderungen, obwohl es wirtschaftlich ganz ausgeschlossen ist, daß die gegenwärtige Lohnhöhe und die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten werden können. Schon mit Rücksicht auf die abweichenden Verhältnisse im Auslande ist das unmöglich, aber auch im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens lassen diese machtpolitischen Errungenschaften sich einfach nicht halten. Die Arbeiterschaft selbst wird es sein, die schon in absehbarer Zeit alle diese Erfolge wieder über den Haufen werfen wird. Mit der Demobilisation verschwindet die ausnahmsweise Lage der Arbeiter, die sie während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt innegehabt haben. Für das plötzlich massenhaft ansteigende Angebot auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt fehlt die Arbeitsgelegenheit und fehlt umso mehr, je mehr das Lohnniveau in die Höhe getrieben wird. Schon jetzt sehen wir, wie rasch die Arbeitslosen ziffern von Woche zu Woche ansteigen. Die Folge ist, daß die Arbeiter sich gegenseitig um so heftigere Konkurrenz machen werden, je weniger die Arbeitsgelegenheit, je höher die Zahl der Arbeitsuchenden ist. Dagegen vermögen auch die Organisationen der Arbeiter nur wenig auszurichten, da das Mißverhältnis zwischen Arbeitsgelegenheit und Arbeitsuchenden allzugroß ist. Den Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens kann man nicht ausweichen, so sehr man sich auch gegen sie wehren und sträuben mag. Die Situation wird für die Arbeiterschaft um so verhängnisvoller, je mehr sie jetzt noch den schon arg genug geschwächten Gang der wirtschaftlichen Betätigung stört oder die Voraussetzungen dazu beeinträchtigt. Die Kapitalisten, die jetzt vernichtet oder wirtschaft-

lich unrichtig angewendet werden, die fehlen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, die fehlen für die Beschaffung der Arbeitsgelegenheit, ohne die die Gesamtheit der Arbeiterschaft einfach nicht zu existieren vermag. Aus diesem Grunde wäre es zu wünschen, daß das Fieber, von dem zur Zeit die deutsche Arbeiterschaft geschüttelt wird, möglichst rasch nachlassen und einer nüchternen Überlegung im eigenen Interesse Platz machen würde. Aber wir befürchten, daß die Ernüchterung nicht eher eintreten wird, als bis der schärfste Konkurrenzkampf zwischen Arbeitern und Arbeitern die Arbeiterschaft auf ein wirtschaftliches Niveau zurückwerfen wird, wie es in Deutschlands Geschichte noch nie dagewesen ist.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Eine neue Note an die Waffenstillstandskommission. Die deutsche Regierung hat am Dienstag durch die Waffenstillstandskommission in Spaas den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, in welcher es u. a. heißt: Bei den in Paris über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, welche das Höchstmaß dessen vorstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin erstlich in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, welche in keiner Zusammenhang mehr gebracht werden können zu dem Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages, wonach die Werte, welche den Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollen. Die Forderungen der Entente können lediglich vielmehr dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt; j. B. wird jeder Ausgang fremder Werte ins Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht und der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein, sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Die deutsche Regierung gibt der bestimmtesten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, welchem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Am Schluß der Note heißt es: Im Vertrauen auf die Rote des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig ausgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die Alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszuögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrückung Deutschlands hinhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deut-

liche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Veröhnung der Völker ersticken müßte, und für das es kein Verzeihen und Vergessen gebe.

Im ganzen Lande soll die Ordnung hergestellt werden! Kriegsminister Reinhardt erklärte einem Vertreter des „Berl. Lokalanzeigers“ über die Lage: Mit der Wiedereroberung der meisten von den Spartakusleuten besetzten Gebäude ist die wesentlichste militärische Aufgabe gelöst. Dabei haben unsere Truppen und Freiwilligen wieder einmal gezeigt, daß sie ohne Hintergedanken als einfache Mannespflicht ansehen, ihr Leben für das Volkwohl einzusetzen. Diese Männer verdienen statt der durchsichtigen Verdächtigung gegenrevolutionärer Winkelszüge zweifellos anderen ehrlichen Dank. Was nun noch zu tun bleibt, sind Ordnungsmassnahmen. Nachdem der Hauptwiderstand gebrochen ist, muß die öffentliche Sicherheit ganz wiederhergestellt werden, damit am nächsten Sonntag die Wahlen zur Nationalversammlung in Ordnung vor sich gehen können. Dazu ist es vor allem notwendig, daß die Waffen abgeliefert werden. Das dürfte wohl nicht ohne militärische Mitwirkung gelingen. Aber die Truppen können sich hoffentlich darauf beschränken, den Maßnahmen den nötigen Rückhalt zu geben. Auf eine Frage nach den Verhältnissen im Reich erwiderte der Kriegsminister, im Innern könnten wohl kleine Gruppen von Spartakusleuten, denen jetzt das Berliner Pflaster zu heiß unter den Füßen wird, Partisanen in anderen Gegenden versuchen. Wir sind jedoch gewillt, fügte Oberst Reinhardt hinzu, die Ordnung, die wir in Berlin jetzt durchführen, im ganzen Lande herzustellen, auch mit Rücksicht auf unser Ansehen im Auslande, besonders, um unsere Kräfte zum Schutze unserer Grenzen und zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes verfügbar zu haben. Nach meiner Auffassung wird uns das auch gelingen.

Der neue Polizeipräsident von Berlin über die Lage. Der neue Berliner Polizeipräsident, Richter, äußerte sich zu einem Vertreter des „Berl. Lokalanzeigers“ über die Lage ungefähr wie folgt: Nachdem es uns gelungen ist, die Spartakusnestler restlos auszunehmen, glaube ich, daß mit dem heutigen Tage Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Groß-Berlin wieder eintreten werden. Jedenfalls haben wir genügend Machtmittel in der Hand, um irgendwelche Partisanen im Reine ersticken zu können, und sind gewillt, diese Macht rücksichtslos zu gebrauchen. Ich habe die Sicherheit sehr fest in der Hand. Die unklarerer Elemente sind ausgeremert worden. Die Truppe will bemüht sein, ihren guten Ruf wiederherzustellen. Im Interesse der Ordnung und Sicherheit ist es notwendig, daß die entkommenen Führer Eichhorn, Liebknecht usw. in Haft genommen werden, denn sie haben sich sehr gegen die Staatsordnung vergangen. Aber wir haben sie zur Zeit noch nicht. Nur Lebebour, Dr. Meyer und der Sohn Liebknechts sind verhaftet. Vor einigen Minuten habe ich erst eine Anzahl Beamte ausgeschiedt, um in der Wohnung Eichhorns Hausdurchsuchung zu halten. Bei der Beschießung des Polizeipräsidentiums hat auch das Schloß einen Treffer erhalten. Eine 10,5-Zentimeter-Granate, von einem Geschütz in der Kleinen Frankfurter Straße abgefeuert, flog über das Rathaus und schlug in